

Antrag

der Abgeordneten Volker Schneider (Saarbrücken), Klaus Ernst, Dr. Lothar Bisky, Dr. Martina Bunge, Katja Kipping, Oskar Lafontaine, Elke Reinke, Dr. Ilja Seifert, Frank Spieth, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

Rente um vier Prozent erhöhen – Dämpfungsfaktoren abschaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit 2000 sind die Renten durch Eingriffe in die Rentenanpassungsformel und willkürliche politische Festsetzungen des aktuellen Rentenwerts um ca. vier Prozent zu wenig erhöht worden. Die durch die Aussetzung des „Riester-Faktors“ erzielte Rentenanhebung von 1,1 Prozent zum 1. Juli 2008 ist viel zu niedrig, um diese Verluste auszugleichen und die Rentnerinnen und Rentner angemessen am wirtschaftlichen Fortschritt zu beteiligen. Deshalb müssen die Renten zum 1. Juli 2008 deutlich angehoben werden. Um die Rentnerinnen und Rentner wieder entsprechend der Einkommensentwicklung der Erwerbstätigen an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen und ein kontinuierliches Absinken der Renten auch zukünftig zu verhindern, müssen gleichzeitig die Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel abgeschafft werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. die Renten zum 1. Juli 2008 um vier Prozent zu erhöhen.
2. die Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel umgehend abzuschaffen und die Rentenentwicklung wieder der Lohnentwicklung folgen zu lassen.
3. die gesetzliche Deckelung des Beitragssatzes aufzuheben und die Unternehmen wieder paritätisch an der Finanzierung einer Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rente zu beteiligen.

Berlin, den 6. Mai 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Die Aussetzung der „Riester-Treppe“ für zwei Jahre, die im Jahr 2008 zu einer Rentenerhöhung von 1,1 Prozent führt, ist nicht geeignet, die Verluste der Rentnerinnen und Rentner auszugleichen und sie angemessen an der wirtschaft-

lichen Entwicklung Teil haben zu lassen. Da die „Dämpfungen“ später nachgeholt werden sollen, werden außerdem die Versichertenjahrgänge, die ab 2011 in Rente gehen, dauerhaft schlechter gestellt als nach geltendem Recht.

Die Dämpfungsfaktoren und mehrere Nullrunden haben mit dazu geführt, dass Rentnerinnen und Rentner in den vergangenen Jahren reale Kaufkraftverluste von 8,5 Prozent erlitten haben. Für die Situation der Älteren in den neuen Bundesländern kommt erschwerend der noch niedrige Rentenwert Ost hinzu. Gleichzeitig wurden Rentnerinnen und Rentner durch Zuzahlungen im Gesundheitsbereich und den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung, der zum 1. Juli 2008 weiter steigt, stark belastet. Bleiben die Dämpfungsfaktoren erhalten, bewirken sie langfristig ein drastisches Sinken des Rentenniveaus. Für eine Durchschnittsverdienerin wären dadurch 2030/34 statt wie heute 28 Beitragsjahre nötig, um auf eine Nettorente oberhalb des Grundsicherungsbetrages zu kommen. Eine Rente von 1 000 Euro würde schlagartig auf einen Wert von 750 Euro sinken, würden ihre Wirkungen unmittelbar eintreten.

Die Dämpfungsfaktoren bedeuten daher sowohl für die heutigen Rentnerinnen und Rentner aber gerade auch für die zukünftigen Rentnergenerationen nicht hinnehmbare soziale Härten. Sie gefährden die Legitimation der gesetzlichen Rente als zentrale Säule der Alterssicherung, leisten der Privatisierung von Alterssicherung und der Abwälzung der Kosten und Risiken auf den Einzelnen Vorschub. Die Dämpfungsfaktoren müssen daher im Interesse von Jung und Alt an einer sicheren und starken gesetzlichen Rente abgeschafft werden. Die dadurch entstehenden höheren Kosten für die öffentlich organisierte Alterssicherung können von Beschäftigten und Unternehmen ohne Weiteres gemeinsam geschultert werden, wenn die gesetzliche Deckelung des Beitragssatzes aufgegeben wird. Für die Beschäftigten ist die paritätische Beteiligung der Unternehmen an einer Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rente ohnehin günstiger, als die Lebensstandardsicherung durch drei Säulen der Alterssicherung, deren Kosten sie bei der zweiten und dritten Säule weitgehend alleine tragen müssen. Die Stärkung der gesetzlichen Rente wird insbesondere die jüngere Generation vor hohen privaten Kosten für die Altersvorsorge schützen. Soll der drohenden Altersarmut vorgebeugt werden, müssen die Renten wieder den Löhnen folgen. Das Lohnniveau muss deutlich steigen. Rentnerinnen und Rentner werden dann wieder am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt und eine gleichartige Entwicklung der Lebensverhältnisse von Erwerbstätigen und Menschen im Ruhestand ist gewährleistet.